

B5, wir kommen

Gemeinsam mit Angola, Armenien, Aserbajdschan, Burkina Faso, Eritrea, Kambodscha, Kuba, Nordkorea, Russland, Uganda, Weißrussland, China und weiteren lupenreinen Demokratien, begehen wir Berliner morgen erstmals den Internationalen Frauentag als gesetzlichen Feiertag. Die Einrichtung dieses Feiertags kann als das Projekt von R2G angesehen werden, das am schnellsten umgesetzt wurde. Glückwunsch!

Das B5-Center in Wustermark muss morgen mit einem riesigen Ansturm rechnen. Auf die ohnehin schon preiswerten Artikel bekommen Frauen nochmals 20 Prozent Rabatt. Rechtzeitiges Losfahren lohnt sich. Der Brandenburger Einzelhandel wird morgen das Geschäft des Jahres machen. Der Ausgleich erfolgt dann am Reformationstag, dem 31. Oktober, wenn in Brandenburg Feiertag ist und in Berlin die Geschäfte auf die Nachbarn warten. Das ist dann **die neue Form des Länderfinanzausgleichs**.

Die Koalitionsfraktionen aus SPD, Linken und Grünen kommen aus dem Freudentaumel über den neuen Feiertag gar nicht heraus. Eine Pressemitteilung jagt die nächste. Die Regierungfraktionen haben eine gemeinsame Erklärung herausgegeben, unter dem Motto, nie waren wir uns so einig, wie bei diesem Thema. Die frauenpolitischen Sprecherinnen äußern sich wie folgt:

Derya Çağlar, SPD-Fraktion: „Ich freue mich, dass Berlin mit der Einführung des internationalen Frauentages als gesetzlichen Feiertag ein Zeichen für die Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft setzt. Gleichstellung, wie es das Grundgesetz fordert, ist noch lange nicht erreicht. Gleichberechtigung ist kein Selbstläufer, Gleichberechtigung muss erkämpft werden. Dafür steht der internationale Frauentag.“

Ines Schmidt, Fraktion DIE LINKE. „Am Frauentag feiern wir das, was von der Frauenbewegung bereits erreicht wurde. Gleichzeitig bestärkt er uns darin, den Kampf für Gleichstellung weiter fortzusetzen. Unser nächstes Ziel dabei ist ein Paritätsgesetz für Berlin.“

Anja Kofbinger, Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion: „Was wir im letzten Jahr am 8. März angekündigt haben, wird jetzt aktuell. Mit einem Berliner Paritätsgesetz will Rot-Rot-Grün ein Instrument für gleichberechtigte Teilhabe auch in den Berliner Parlamenten schaffen. Wir diskutieren derzeit den ersten Gesetzentwurf dazu.“ Da kann man gespannt sein. So sehr es zweifelsfrei sinnvoll, ein Parlament mit gleichen Anteilen von Frauen und Männern zu besetzen, muss

die Frage erlaubt sein, ob man damit nicht in die Wahlfreiheit eingreift. Kann man wirklich den Parteien vorschreiben, dass sie genauso viele Frauen wie Männer auf ihre Wahllisten setzen müssen? Und was ist mit dem geneigten Wähler, der das nicht mitmacht? Vermutlich wird der ganze Vorgang letztlich die Gerichte beschäftigen.

Der **Regierende Bürgermeister Michael Müller** (SPD), der sich einen anderen Feiertag gewünscht hätte, gibt gleich zwei Pressemitteilungen heraus, eben als Regierender Bürgermeister und auch als Vorsitzender der SPD. **Zuerst der Regierende Bürgermeisters:**

„Wir begehen in Berlin den Weltfrauentag das erste Mal als Feiertag. Das heißt für die Politik und ebenso für die Gesellschaft, weiter für Gleichstellung und die Rechte der Frauen zu kämpfen. Wie kein anderes Datum steht der 8. März für den langen Weg hin zur Gleichstellung der Geschlechter.“

Vieles ist inzwischen erreicht. Unser Senat hat einen Frauenanteil von 55 Prozent. Der Anteil neuberufener Professorinnen liegt in Berlin bei 45 Prozent. Aber im Abgeordnetenhaus ist der Frauenanteil zuletzt wieder gesunken. 2016 zogen doppelt so viele Männer wie Frauen in unser Parlament. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – diese Forderung ist immer noch nicht erfüllt. Bei der Bezahlung sind es 2019 noch immer 23 Prozent Unterschied zu den Gehältern der Männer.

Auch wenn vieles erreicht worden ist, es bleiben also noch immer viele brennende Aufgaben. Das ist die Botschaft des Internationalen Tags der Frau und des neuen Feiertags in unserer Stadt.“

Und Berlins **SPD-Chef Michael Müller** sagt: „Als erstes Bundesland hat Berlin den Frauentag zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Für uns ist klar: Gerechtigkeit und Gleichstellung müssen immer zusammen gedacht werden. Dieser Tag erinnert und mahnt uns, dass es noch viel zu tun gibt, damit echte Gleichstellung überall gelebt wird.“

Alles richtig. Aber, Berlin wird das erste und vermutlich das letzte Bundesland sein, das den 8. März als gesetzlichen Feiertag eingeführt hat. Die zentrale Frage aber ist, warum es 70 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik immer noch nicht gelungen ist, Frauen und Männern für gleiche Arbeit gleiches Geld zu bezahlen?

„Die Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden 28.000 Fairtrade-Rosen in der ganzen Stadt verteilen. Da der Internationale Frauentag auf Beschluss der rot-rot-grünen Koalition dieses Jahr erstmalig ein gesetzlicher Feiertag sein wird, findet die **traditionelle Rosenaktion bereits am 7. März**

statt. Am 8. März ruft die Berliner SPD dazu auf, sich an der Demonstration zum Frauen*kampftag zu beteiligen. Startpunkt ist 14 Uhr am Alexanderplatz."

Vielleicht haben Sie Glück und bekommen heute eine Rose ab. Die SPD hat den 8. März zum Frauen*kampftag erklärt. Weniger dramatisch ging es wohl nicht.

Und was sagt die Opposition? **Dr. Maren Jasper-Winter (FDP-Fraktion)**: „Dass der Senat am Frauentag keine Feierlichkeit und keinen offiziellen Rahmen geplant hat, zeigt noch einmal mehr, dass es sich hier um reine Schaufensterpolitik handelt und gerade keine Herzensangelegenheit ist. Auch der Titel der Aktuellen Stunden im Abgeordnetenhaus verdeutlicht dies: Künstlich wird ein Zusammenhang zwischen Frauenpolitik und Tarifverhandlungen hergestellt, der tief blicken lässt. Es lässt sich außer der Eingruppierung von bestimmten Berufsgruppen keine klare Linie des Senats erkennen, welche Gleichstellungsthemen er für die Stadt sieht. Dabei gibt es viele Baustellen: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, faire Chancen für Teilzeitbeschäftigte im öffentlichen Dienst und eine funktionierende Verwaltung, die Alleinerziehenden den Unterhaltsvorschuss pünktlich auszahlt.“

Katrin Vogel (CDU-Fraktion): „Es ist bedauerlich, dass Senat und Koalition zum 8. März keinerlei Vorbereitungen getroffen haben und nun ein Feiertag ohne Konzept stattfindet. Ein zusätzlicher Feiertag ist aber kein Selbstzweck. Unsere bereits vor Monaten formulierte Mahnung, das Bewusstsein zu schärfen und mit einem Maßnahmen- und Veranstaltungskonzept zu unterlegen, hat der Senat nicht aufgegriffen. Er meint es offensichtlich nicht ernst.“

Auch die **OECD** (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) äußert sich: „Zum Internationalen Frauentag am 8. März bietet auch die OECD eine Fülle an Daten und Fakten auf dem gerade aktualisierten Gender-Portal. Dort finden Sie anhand von rund 75 Indikatoren Aufschluss über geschlechtsspezifische Ungleichheiten in Bildung, Beschäftigung, Unternehmertum, öffentlicher Verwaltung, Gesundheit und Entwicklung.“

So zeigt ein neuer Datensatz, wie sehr Frauen in den häufig schlecht bezahlten Jobs im Gesundheits- und Pflegebereich dominieren. Hier machen Frauen OECD-weit rund 75 Prozent Beschäftigten aus, das heißt 20 Millionen Frauen gegenüber 6,3 Millionen Männern. Dennoch beziehen Frauen im Gesundheitssektor noch immer oft ein geringeres Einkommen als ihre männlichen Kollegen. So ist beispielsweise der Anteil der weiblichen Ärzte in den letzten Jahrzehnten in den OECD-Ländern stetig gestiegen, von etwa 30 Prozent aller Ärzte im Jahr 1990 auf

etwa 40 Prozent im Jahr 2000 und bis zu 47 Prozent im Jahr 2015. Allerdings verdienen Ärztinnen tendenziell weniger, weil sie in den am höchsten bezahlten Fachgebieten wie der Chirurgie unterrepräsentiert sind: Beispielsweise erhielten Ärztinnen in den USA fast 20.000 US-Dollar weniger pro Jahr als ihre männlichen Kollegen, auch unter Berücksichtigung von Faktoren wie Alter und langjähriger Erfahrung.

Noch stärker dominieren Frauen den Bereich der Langzeitpflege: Frauen halten durchschnittlich etwa 90 Prozent der Arbeitsplätze im Langzeitpflege-Sektor, in dem die Arbeitsbedingungen in der Regel relativ schlecht und die Bezahlungen niedriger als in anderen Pflegeberufen sind. Die Arbeitsbedingungen sind oft sowohl körperlich als auch psychisch anspruchsvoll. In der Folge hat jede sechste Langzeit-Pflegekraft mindestens ein Gesundheitsproblem, das durch die Arbeitsbelastung hervorgerufen oder verstärkt wurde.

Die OECD veranstaltet in Paris eine Veranstaltungsreihe zum Internationalen Frauentag, die am Donnerstag, den 7. März, beginnt. Es wird diskutiert werden, was getan werden kann, um geschlechtsspezifische Ungleichheiten zu vermindern.“

Weitere Informationen unter www.oecd.org/gender

Ja, es gibt noch viel zu tun. Für die Rahmenbedingungen ist aber die Politik verantwortlich. Ein ideologisch verbrämter Feiertag hilft den Frauen nicht weiter, sondern nur konkrete Politik. Dazu hatten die Parteien – wie gesagt – 70 Jahre lang Zeit, mit bislang in den wichtigsten Fragen – gleiche Bezahlung für gleich Arbeit – mäßigem Erfolg. Im Augenblick wird morgen nur folgendes passieren: Viele Berliner Frauen fahren zum Shoppen nach Brandenburg und die Brandenburger Frauen stehen an den Kassen der Einkaufszentren. Das ist Geschlechtersolidarität.

Ed Koch